

W a c h t a u f, V e r d a m m t e d i e s e r E r d e !

WARUM SOZIALIST

Herausgegeben von oppositionellen sozialistischen Arbeitern

++++
Erscheint monatlich Nr. 2 April 1949
++++

WARUM BESATZUNGSSTEUER ?

Die Regierung beabsichtigt eine neue Massensteuer einzuführen, die Besatzungssteuer. Aus dem Regierungsentwurf ist ersichtlich, daß diese neue Massensteuer rund 1,5% des Einkommens von uns Arbeitern und Angestellten betragen wird. Sollte dieser Regierungsentwurf vom Nationalrat angenommen werden - was der Fall sein wird, denn unser Parteivorstand lehnt diese Massensteuer nicht grundsätzlich ab - so wäre dies eine neue Besiegelung der Tatsache, daß der derzeitige klägliche Lebensstandard der Massen noch weiter gesenkt wird. Damit offenbaren sich wieder einmal alle Versprechungen, den Lebensstandard bei steigender Produktivität zu heben, als glatter Betrug. Die Verelendung der Massen, ihre Auspowerung durch Krieg und Nachkriegszeit soll verewigt werden. Vom Standpunkt der Regierungsparteien haben die Werktätigen die Zeche für den Krieg und die Nachkriegszeit, die Zeche für die kapitalistische Ausbeutung und Unzulänglichkeit plus Besatzung zu bezahlen.

Der Vorschlag einer neuen Belastung der Massen hat bei den Arbeitern und Angestellten begreiflicherweise einen starken Widerhall hervorgerufen. Sowohl Regierungsparteien als auch KP sahen sich veranlaßt, zu dem neuen Raub Stellung zu nehmen: einerseits um ihn als unvermeidlich hinzustellen, weil man den Massen noch "größere Opfer" ersparen will - ein alter, oft bewährter Trick! - andererseits, um den Massen glaubhaft zu machen, daß man ihre Interessen vertrete. Hinter beiden Methoden versteckt sich die Absicht, die Wahrheit zu verschweigen, versteckt sich die Absicht, uns Arbeiter irre zu führen.

So vertritt der Parteivorstand und in seiner Gefolgschaft der Gewerkschaftsbund die Meinung, die Besatzungssteuer sei deshalb unvermeidbar, weil sonst die Gefahr einer Inflation droht. Das ist kein originelles Manöver: jedesmal wenn es gilt, einen Raub an den Massen durchzuführen, droht man mit dem Schreckgespenst der Inflation, um uns gefügig zu machen. Dabei verschweigt man aber wohlweislich, daß wir die Kosten dennoch zu bezahlen haben und - was noch entscheidender ist - daß es andere Wege gäbe, an die man gern "vergißt": die Heranziehung der Unternehmer, der Verdiener an Krieg - und Nachkriegszeit.

Allerdings würde dieses Heranziehen eine konsequente sozialistische Politik voraussetzen. Unser Parteivorstand aber

++++
L E S E N U N D W E I T E R G E B E N ! ! !
++++

zieht es vor, uns zu "erklären" und zu "beweisen", daß es bei uns keine Unternehmer, keine Ausbeuter und keine Profite mehr gibt, sondern nur arme Schlucker und daher a l l e gleichermaßen ihre Opfer bringen müssen. Wobei unter "alle" die Massen der Arbeiter und Angestellten zu verstehen sind, während die armen Schlucker der Textilfabrikanten, des Kohलगroßhandels, der Exporteure usw. - die nach Bericht der "Arbeiter-Zeitung" in den letzten Jahren Millionen von Überprofiten erzielen konnten - ungeschoren bleiben.

Eine noch größere Irreführung der Massen durch den Parteivorstand ist der Versuch, uns glaubhaft zu machen, daß die Kosten für die Besatzung nur eine "Russensteuer" sei, weil es hauptsächlich die Russen sind, die die Bezahlung ihrer militärischen und zivilen Ausgaben vom österreichischen Staat verlangen. Hingegen ist die amerikanische Besatzung, die ihre Kosten seit einem Jahr in Dollarbeträgen selbst bezahlt, in den Augen unseres Parteivorstandes offenbar überhaupt keine Besatzung mehr, sondern n u r harmlose und zu begrüßende Fremdenverkehrstouristen. Imperialistische Ziele liegen ihnen fern. Sie wollen nichts, als "uns" wichtige und notwendige Devisen bringen und helfen "uns" damit, "unsere" Wirtschaft wieder aufzubauen.

Nicht minder heuchlerisch ist die Stellung der KP zu dieser neuen Massenbelastung. Die KP ist wohl gegen die neue Massensteuer, ist für eine Heranziehung der Verdienner an Krieg und Nachkriegszeit. Tagtäglich können wir besonders in der "Volksstimme" lesen: "Die Wehrmachtsteuer muß verhindert werden", oder "Steuer-geschenke für die Reichen, Wehrmachtsteuer für das Volk" usw. So-gar für den Abzug der Besatzungstruppen tritt die "Volksstimme" ein - nur das Wichtigste vergißt sie leider: nämlich den Arbeitern und Angestellten auch zu sagen, was sie zu tun haben, um diese berechtig-ten Forderungen durchzusetzen. Übrigens: rechnet die KP mit der Ver-geßlichkeit der Massen? Glaubt sie, wir wissen nicht mehr, daß s i e s e l b e r es war, die den Siegern das Recht auf Reparationen und Kontributionen zusprach und dadurch die Ausbeutung der Werktätigen sanktionierte? Rechnet sie mit der Dummheit der Massen, die nicht er-kennen sollen, daß es die KP ist, die sogar ihren derzeitigen Erz-feind T i t o das Recht auf Reparationszahlungen und Annexion, Teile von Kärnten zuspricht? Wer aber ist es, der die Reparationen, Kontributionen und Annexionen bezahlt, wer leidet unter diesem "mo-ralischen Recht des Siegers" - die Unternehmer oder die ausgebeute-ten Massen? Die KP fordert den Abzug der Besatzungstruppen, ohne jedoch diese Forderung ernstlich an ihre Besatzungsfreunde zu stel-len. Das Schlagwort von der "Russensteuer" und die ganze Russenhetze würde keinen Widerhall bei der Bevölkerung finden und in Nichts zerfallen, wenn die KP, die Kominform die Rechte der Ausgebeuteten anerkennen und jedes "moralische Recht des Siegers", alle Repara-tionen, Kontributionen und Annexionen g r u n d s ä t z l i c h ablehnen würden, wie es den Prinzipien des Sozialismus entspricht. Von einer derartigen Einstellung ist die KP meilenweit entfernt und wir erinnern uns auch nicht, daß Genosse Scharf jemals diese für jeden Marxisten selbstverständlichen Ansichten ausgesprochen hat.

Können wir Arbeiter und Angestellten mit der Politik unseres Parteivorstandes, mit der heuchlerischen Politik der KP, die neue Belastung der Massen durch die Besatzungssteuer, mit Er-folg abwehren? Wir hören von unseren Arbeitskollegen in den Be-trieben, von den Genossen in den Sektionen und dem kleinen Mann auf der Straße immer wieder: "Was kannst du schon gegen die Be-satzung tun? Haben sie nicht die Macht, uns zu allem zu zwingen?" Wer aber resigniert, ist unfähig zu kämpfen! Und zu dieser Resig-nation hat die Politik unseres Parteivorstandes mit Unterstützung der KP die Massen gebracht. Warum und wieso?

Um das zu beantworten ist es notwendig, einen kleinen Rückblick in die Geschichte der Arbeiterbewegung zu tun. Vor allem: wie verhielt sich die revolutionäre Sozialdemokratie vor dem ersten Weltkrieg? Damals kapitulierte sie vor keinen Schwierigkeiten und die von ihr geleiteten Arbeiter resignierten auch nicht vor der Macht des monarchistischen Absolutismus und seiner bosniakischen Büttel. Niemand kann bestreiten, daß die Monarchie zur Zeit der Sozialisten-Verfolgungen nicht die gleiche Macht besessen hat, über die heute die Besatzungsmächte verfügen. Und dennoch errang die revolutionäre Sozialdemokratie einen Erfolg nach dem anderen. Sie erkämpfte das allgemeine und geheime Wahlrecht, das Recht auf die Organisierung der Arbeiterschaft, sie setzte bessere Arbeitsbedingungen und ein höheres Lohnniveau durch. Aber selbst dort, wo sie noch zu schwach war um einen Erfolg zu erringen, betrog sie die Arbeiterschaft nicht und kapitulierte auch nicht, sondern trat kühn und entschlossen für die Wahrheit und das Recht der Massen ein. So kämpfte sie für die Freiheit der Völker und gegen jede nationale Unterdrückung. Sie verwehrte den Regierungen die Kredite für solche schändliche Ziele, - trotzdem sie in den Parlamenten nur eine verschwindende Minderheit darstellte! Mutig und entschieden trat sie für den sozialistischen Grundsatz ein, daß ein Volk, das andere Völker unterdrückt, selber nicht frei sein kann, oder, wie es unser unvergeßlicher Viktor Adler sagte: "Das Proletariat lehnt jede Vergewaltigung eines Volkes ab als ein Verbrechen, nicht nur an dem Volk, das das Opfer der Gewalt wäre, sondern auch an dem Volke, dessen Regierung Gewalt zu üben unternehmen würde!"

In der letzten Zeit begeistert sich die "Arbeiter-Zeitung" allerdings wieder für die "Freiheit" und man konnte einige Male den Satz lesen: "Keine Freiheit ohne Brot und kein Brot ohne Freiheit". Diesen sozialistischen Grundsatz haben die ausgebeuteten Massen der ganzen Welt in den letzten Jahrzehnten - und besonders wir österreichischen Arbeiter in der Zeit von 1934 bis heute - als richtig kennen und schätzen gelernt. Und heute können wir angesichts der Staatsvertragsverhandlungen, der Besatzungskosten und unseres Lebensstandards mit vollem Recht feststellen: wir haben weder Freiheit noch Brot! Doch nicht an uns dachte die "Arbeiter-Zeitung", als sie von der mangelnden Freiheit und dem mangelnden Brot sprach, auch nicht an die deutschen Proletarier oder die ausgebeuteten der übrigen Welt. Sie meinte einzig und allein Rußland, weil ihrer Meinung nach nur in Rußland weder Freiheit noch Brot existiert. Wenn das amerikanische Volk für die Rüstung allein pro Kopf und Jahr 200 (zweihundert) Dollar zu bezahlen hat, nicht streiken darf und obendrein in die Militärjacke gezwängt wird - so scheint das unserem Parteivorstand weder eine Beraubung von Brot noch der Freiheit zu sein. Wenn die Labour-Regierung in der deutschen Westzone mit ausgesprochenen barbarischen Mitteln und Methoden Zwangsdemonstrationen anordnet, wenn sie die militärische Organisierung ihrer Zivilangestellten verfügt, um eventuelle soziale Unruhen in Westdeutschland zu unterdrücken, - dann dient dieses Vorgehen der "Verständigung" der Völker, dann ist dies "Sozialismus". Oder ist, - wenn wir an den Ausspruch Viktor Adlers denken - die Politik der Labour-Regierung nicht eine Politik einer Unterdrücker-Regierung, die kapitalistische, imperialistische Ziele verfolgt? Müssen wir sie nicht als Verbrechen an dem Proletariat ablehnen und bekämpfen?

Es ist nicht der freie Wille der amerikanischen, englischen, französischen und russischen Völker, andere Völker zu unterdrücken, auszubeuten. Die Völker lehnen alle entschieden die Abenteuer ihrer eigenen Regierungen ab, die nicht zum Völkerfrieden, sondern zum Völkerhaß führen. Würde eine konsequente internationalistische sozialistische Politik im Sinne der revolutionären

Sozialdemokratie betrieben werden, dann würde es den Regierungen unserer Besatzungsmächte schwer fallen, unsere Besatzung, die Besatzung anderer Völker aufrecht zu erhalten. Ihre Völker würden dann erkennen, daß der Feind nicht in einem anderen Land, sondern im eigenen Lande steht.

Unsere einzige Rettung vor der Besatzungssteuer, vor Verelendung und Ausbeutung, unsere einzige Rettung vor einem neuen Weltgemetzel ist die Rückkehr zur Politik und zum Programm der revolutionären Sozialdemokratie. Gelingt es uns Arbeitern, zu dieser Politik zurückzufinden, gelingt es uns, für die Interessen der Ausgebeuteten und Unterdrückten der ganzen Welt zu kämpfen, gegen alle Vergewaltigungen der Regierungen und unserer Regierung, dann wird die Menschheit von Elend und Not endlich zum Sozialismus schreiten.

+

Grundsätzlich anders als unser Parteivorstand, sind wir der Meinung, daß durch die Besatzungssteuer die Belastung den Sozialisten, den Kommunisten oder Parteilosen, d.h. j e d e n Arbeiter und Angestellten gleich schwer trifft. Daher kann die Belastung nur erfolgreich abgewehrt werden, wenn wir uns, Arbeiter und Angestellte, zur Abwehr einigen! Erkennen wir, daß wir uns nicht mißbrauchen lassen, weder für die Kollaborationspolitik unseres Parteivorstandes mit den Kapitalisten und den Westmächten, noch durch die Kollaborationspolitik der KP mit den volksdemokratischen Unternehmern und den Ostmächten. Stellen wir unsere ureigensten Interessen in den Vordergrund! Sie lauten:

Schluß mit weiterer Verelendung!

Schluß mit jeder weiteren Senkung unseres Lohnes!

Für einen höheren Lebensstandard!

Arbeiter! Angestellte!

Einigen wir uns im Kampfe für die Sicherung unseres Lohnes! - Keinen Groschen von unserem Lohn für die Besatzungssteuer! - Wird die Besatzungssteuer dennoch eingeführt, dann fordert: Lohnerhöhung im vollen Ausmaß der neuen Abzüge!

-xXx-

DIE AM RANDE VEGETIEREN.....

Anfang März fand die Jahresversammlung des Freidenkerbundes Österreichs statt. Die erste seit seiner Neugründung im Vorjahr. Wenn man sich diese einstmals mächtige sozialistische Kulturorganisation, deren Arbeit sehr viel zur Aufklärung des Proletariats beigetragen hat, heute ansieht, dann muß einem die Schamröte ins Gesicht steigen. Der Bund besteht jetzt aus einer einzigen Landesgruppe (Wien) und zählt keine 100 Mitglieder in ganz Österreich. Seine Ausschusssitzungen muß er im Café "Eisenbahnerheim" abhalten, das zwar einen Konsumtionszwang kennt, aber dem

Bund das Aushängen eines Vereinsschildes nicht gestattet. Seine monatlichen Versammlungen finden in einem Hinterstübchen statt - wie in den Anfängen der Arbeiterbewegung. Die Genossen wollen nichts wissen von der "Volksdemokratie", in der es keine Arbeiterdemokratie gibt. Trotzdem wird der von so altbewährten sozialistischen Kämpfern wie Franz Ronzal und Stanislaus Maly geführte Bund von der "A.-Z." systematisch totgeschwiegen. Nicht eine Zeile nimmt sie vom Freidenkerbund an. Was liegt dem zugrunde?

Die Grundursache der so schändlichen Behandlung der Freidenker ist zweifellos die Koalitionsgesinnung der Parteiführung. Ihre Begeisterung für die Zusammenarbeit mit der ÖVP, mit der Bourgeoisie überhaupt führt sie zu der infamen Behauptung, die Freidenker seien an dem schlechten Einvernehmen zwischen SP und Kirche vor 1934 schuld gewesen. Ja, sie geht sogar soweit, folgende jesuitisch-heuchlerischen Beteuerungen Innitzers aus dem Jahre 1946 den Arbeitern als bare Münze vorzusetzen: "Die Kirche ist nicht von dieser Welt! Sie übt keinen wie immer gearteten Einfluß auf die soziale Schichtung der Gesellschaft. Denn das ist Sache der staatlichen Gewalt und der Parteien" (siehe "A.-Z." vom 4.12.48).

Wahr aber ist, daß die Pfaffen seit je auf der Seite der Reaktion standen. Sie werden sich trotz der süßen Worte der "A.-Z." nicht ändern. Auch nicht, wenn wir ganz vor ihnen kapitulieren. Man denke nur an die Rolle der katholischen Kirche in der ersten Republik; an den Segen, den Innitzer im Februar 1934 dem blutigen Dollfuß-Regime erteilte; an seine Loyalitätserklärung vom März 1938; an die planmäßige und zähe Hetze des Vatikans gegen den Marxismus und die materialistische Geschichtsauffassung - und vergleiche dies mit der opportunistischen Politik des Parteivorstandes. Eine solche Politik kann nur zu einer neuen Katastrophe führen!

Wir können im Rahmen dieses Artikels nicht auf die politischen und weltanschaulichen Einzelheiten der Freidenker-Frage eingehen. Den interessierten Leser verweisen wir auf die Leitartikel der "A.-Z." vom 23.9., 16.10. und 4.12.48 und auf die Monatschrift "Der Freidenker". Aber eines wollen wir klar hervorheben: Eine Partei, die sich Arbeiterpartei nennt; die sich auf die Arbeiterklasse stützt; die die Lehre Marx-Engels zu akzeptieren und für den Sozialismus zu kämpfen vorgibt - eine solche Partei ist verpflichtet, so lautere und für die weltanschauliche Erziehung der ausgebeuteten und unterdrückten Massen des Volkes so äußerst wichtige Bestrebungen, wie sie die Freidenker haben, tatkräftigst zu unterstützen.

Die bürokratisierte Führung unserer Partei beschlagnahmte sämtliche materiellen Hilfsmittel der sozialistischen Bewegung für sich. Sie benützte diese einerseits zur Befriedigung ihrer eigenen Privilegien und andererseits als Werkzeug gegen jede oppositionelle Regung oder Organisation. Die Freidenker wollten ihre Überzeugungen nicht verkaufen; sie werden dem Druck des Parteivorstandes zu entgegnen wissen. Gleich ihnen wenden auch wir uns gegen diese bürokratische Selbstherrlichkeit und fordern: Schluß mit dem Boykott des Freidenkerbundes! Gewährt ihm das grundlegende Recht der Arbeiterdemokratie, frei zum Proletariat sprechen zu können! Stellt ihm die Lokale und Presse der Partei zur Verfügung! Laßt ihn nicht am Rande unserer Bewegung vegetieren - er hat sehr viel zur Befreiung der Arbeiterklasse beizutragen!

ZUR KONFERENZ DES "NEUEN VORWÄRTS"

Am 12. und 13. März fand die erste Konferenz des "Neuen Vorwärts" statt. Auf dieser Zusammenkunft wurde die Vereinigung der Fortschrittlichen Sozialisten gegründet und bestimmte Beschlüsse gefaßt. - Was haben wir nun dazu zu sagen?

Sehen wir uns zuerst denjenigen Beschluß an, der die Frage des Verhaltens der Fortschrittlichen Sozialisten bei den kommenden Wahlen betrifft. Danach werden die Anhänger des "Neuen Vorwärts" "alle Kräfte einsetzen, um ihre Vertreter, an der Spitze Genossen Erwin Scharf, ins Parlament und die anderen Vertreterkörperschaften zu bringen". Wie dieses Ziel erreicht werden soll, wird nicht gesagt. Tatsächlich gibt es dazu drei Möglichkeiten: Aufstellung einer eigenen Liste; Wahlblock mit der KP; und die dritte Möglichkeit wäre gegeben für den Fall, daß es zu einer sogenannten "Listenlockerung" kommt. Bei diesem Wahlsystem müßten z.B. die sozialistischen Wähler ihre Stimmen nicht denjenigen Listen geben, die ihnen von der Partei-Bürokratie vorgesetzt werden, sondern sie könnten selbst entscheiden, wer als Abgeordneter ins Parlament kommen soll - z.B. Scharf oder Schärf, ein bekannter Linker oder ein Rechter. - Nach unserer Ansicht wäre dies die günstigste Lage und die beste Taktik. Doch wird erst das neue Wahlgesetz zeigen, ob dies anwendbar sein wird.

Das Wichtigste ist indes das Wahlprogramm des "Neuen Vorwärts". Der erste Punkt dieses Programms lautet: Der Bruch der Schicksalsgemeinschaft zwischen ÖVP und der SP-Spitze muß erzwungen werden. Sehr richtig! - aber wir sind der Ansicht, daß dies nicht - so wie in den "Volksdemokratien" - durch bürokratischen Terror, sondern nur durch außerparlamentarische Aktionen - also z.B. Streiks, Demonstrationen usw. - erreicht werden soll. Auf diese Weise müßten sich die ausgebeuteten Massen selber die Befriedigung ihrer Tagesforderungen auf Kosten der Kapitalisten erkämpfen. - Der zweite Punkt betrifft die proletarische Kampfeinheit gegen die Bourgeoisie. Auch das ist außerordentlich wichtig! Aber an die Stelle des bürokratischen Diktats über Zeitpunkt, Art und Ausmaß des Kampfes muß die Arbeiter-Demokratie treten, das heißt, die Arbeiter müssen durch freie Abstimmung solche Beschlüsse selber fassen. - Drittens wurde die Zusammenfassung aller im Kampf für den Sozialismus tätigen Kräfte beschlossen. Das sehen auch wir als absolute Notwendigkeit an. Doch wir verstehen darunter weder die Politik von Fierlinger und Szakatis (Auslieferung der sozialistischen Arbeiter an die KP-Bürokratie), noch jene Nennis (mehr oder weniger offener bürokratischer Block im Interesse der Außenpolitik des Kremls). Notwendig ist vielmehr die ehrliche Zusammenarbeit aller sozialistischen Strömungen.

Der vierte Punkt des Wahlprogramms zeigt einen Pferdefuß. Es wird nämlich darin von einem gemeinsamen Vorgehen mit den "demokratischen Mittelschichten" gesprochen. Das ist eine reichlich ungenaue Bezeichnung und läßt eine neue Volksfront, eine neue Form der Zusammenarbeit mit einem Teil der Bourgeoisie offen. Einen solchen Kampfgenossen lehnen wir Arbeiter aber energisch ab, denn die Bourgeoisie ist unser Hauptfeind, auch dann, wenn sie im Kampf der Großmächte "ehrlich neutral" bleibt. In der Bereitwilligkeit, mit demjenigen Teil der Bourgeoisie zusammen zu arbeiten, der seinen Frieden mit der Sowjet-Union geschlossen hat (der "ehrliche Neutralität gegenüber den Mächten betreibt") - in dieser Bereitwilligkeit liegt bereits wieder der Ansatz zu jener Politik, die sich 1945 - zur Zeit der "Konzentration aller demokratischen

Kräfte" - so unheilvoll ausgewirkt und zur Lähmung der Kampfkraft der Arbeiterschaft geführt hat. Wir stellen darum noch einmal fest: für uns Arbeiter bleibt die ganze Bourgeoisie **a u s n a h m s l o s** der größte Feind, auch wenn sie einen Burgfrieden mit dem Kreml schließt.

Was die **Z i e l e** der Bewegung der Fortschrittlichen Sozialisten anbelangt, so wurde auf der Konferenz behauptet, daß sie in der Broschüre "Ich darf nicht schweigen" ausführlich niedergelegt sind. Ist das richtig? - Unserer Ansicht nach kann diese Schrift nicht als Programm bezeichnet werden. Und soweit überhaupt politische Ziele aus ihr hervorgehen, sind sie durchaus reformistischer Art: so wird z.B. die Zusammenarbeit mit der Bourgeoisie im Jahre 1945 verteidigt, nämlich für jene Periode, in der die KP noch in der Konzentrationsregierung saß. Bekanntlich wurde damals auf Kommando der russischen Militärregierung die an allen Gliedern schlotternde Bourgeoisie wieder in ihre Macht eingesetzt. Und erst 1947, als sich diese Bourgeoisie wieder fest im Sattel fühlte und gar nicht "dankbar" gegen Moskau zeigte, ist die KP plötzlich in Opposition gegangen.

Über diese Tatsache kann man nicht mit irgend welchen Floskeln hinweghuschen, sondern ihre Wurzeln müssen bloßgelegt und die Lehren müssen daraus gezogen werden. Wir dürfen nie daran vergessen, was wir aus Erfahrung wissen: daß die KP-Bürokratie, sobald sie in der Regierung sitzt, genau so mit der Bourgeoisie packelt wie die SP-Spitze.

Schließlich wollen wir nur noch ein Wort über die auf der Konferenz beschlossenen Richtlinien zum Ersten Mai sagen. Gemeinsame Kundgebungen des Proletariats können wir nur von ganzen Herzen begrüßen - doch solche Kundgebungen müssen aus dem freien Willen der Arbeiter entspringen und nicht von USIA-Direktoren befohlen werden. - Dasselbe gilt übrigens auch, wie gesagt, für alle diejenigen Fälle, in denen es zum Kampf kommt, wobei z.B. Aktionskomitees, Streikleitung usw. ausschließlich von Vertrauensleuten gebildet werden müssen, die die Arbeiter auf **d e m o k r a t i s c h e m** Wege gewählt haben.

Wir reichen den kommunistischen **A r b e i t e r n** die Hände im Kampf gegen die Bourgeoisie auf der Grundlage der proletarischen Demokratie und Selbstbestimmung. Wir wollen gemeinsame Sache mit ihnen machen - bei den Maikundgebungen sowohl wie auch bei allen anderen Aktionen. Und den Genossen von den Fortschrittlichen Sozialisten empfehlen wir, wachsam zu sein und darauf zu achten, niemals gemeinsame Sache mit einem Teil der Bourgeoisie zu machen - auch dann nicht, wenn sie sich "demokratische Mittelschichte" nennt und gewisse Zugeständnisse an den Kreml macht.

-XX-

R O T E G L O S S E N

Nicht nur in Frankreich... Wie der "Presse" vom 12.3. zu entnehmen ist, hat der Präsident der Finanzkommission des Rates der Republik in Paris eingestanden, daß Industrielle und Kaufleute der Steuerbehörde nur 40% ihres Einkommens bekanntgeben, die freien Berufe nur 13% und die Landwirte gar nur 11%. Der Mann muß es wissen. Aber die 40% sind sicherlich auch schon übertrieben. - Während die Arbeiter jeden Groschen ihres Lohnes versteuern müssen, schwindeln die Kapitalisten nach Noten. Und der Staat, ihr Staat, drückt sämtliche Augen zu. Nicht nur in Frankreich....

Und nach den Wahlen... "Wir wollen nicht sagen, daß die Volkspartei unseren Staat in den Bankrott treiben will, weil wir glauben, daß sie auch nach den Wahlen auf die Mitsprache in der Führung Anspruch erhebt", sagte Karl Waldbrunner (SK, 31.1.). - Deshalb hat es der Parteivorstand verboten, von der Art der Regierung nach den kommenden Wahlen zu sprechen: Er wünscht, daß sich an der Zusammenarbeit auf keinen Fall etwas ändert!

Wiederaufbau - nackt gesehen... Anton Proksch gab in der "A.-Z." vom 22.1. folgenden Index der Preise für Letztverbraucher an (März 38 - Oktober 48 - Dezember 48): Nahrungsmittel 100-559-563; Genußmittel 100-785-823; Bekleidung 100-842-947. - Arbeiter, rechnet einmal nach, ob Euer Lohn im Vergleich zum März 1938 auch auf das 5 bis 10-fache gestiegen ist. Erinnert Euch ferner an die Begleitmusik zu den beiden Lohn-Preis-Pakten. Am 17.9.48 schrieb die "A.-Z.": "Die Preissenkung muß weitergetrieben werden!". Das "Versprechen" der Raab & Co. setzte sie uns als "Garantie" hin. Was an der Politik der Partei- und Gewerkschaftsbürokratie faul ist? Ihr reformistischer Charakter!

-xxx-

"Warum erscheint der "Sozialist" ohne namentlich gezeichnet zu sein?" werden vielleicht manche Arbeiter fragen, "wir leben doch in einer Demokratie!" - Ja, wir leben in einer Demokratie - aber leider ist unsere Parteileitung nicht demokratisch. Freilich wäre es besser, ehrlicher und aufrichtiger, unsere Partei frei und offen zu kritisieren. Aber die SP-Spitze würde darauf sofort mit unseren, Ausschluß antworten. Wir aber wollen innerhalb der Partei arbeitend dafür kämpfen, sie wieder auf den marxistischen Weg zu bringen, ohne uns von der Staatspolizei unseres Helmers bespitzeln zu lassen. (Siehe Fall Scharf).

-xxx-